Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

11. Dezember 2014







I Hintergrund

- Der Anteil weiblicher Führungskräfte an verantwortungsvollen Spitzenpositionen in der deutschen Wirtschaft und in der Bundesverwaltung ist nach wie vor gering.
- Frauen sind in Führungspositionen (in Vorständen und in Positionen mit Führungsaufgaben unterhalb der Vorstandsebene) sowie in Aufsichtsräten insgesamt noch deutlich unterrepräsentiert.
- Daran hat sich in den vergangenen 20 Jahren trotz zahlreicher Initiativen in einzelnen Unternehmen und freiwilliger Selbstverpflichtungen der Wirtschaft kaum etwas geändert.





I Daten

- Frauen nehmen mit 43 % fast gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teil, ihr Qualifikationsniveau ist sehr gut. Sie stellen 53,3 % der Studienberechtigten und knapp die Hälfte der Hochschulabsolventen.
- Ende 2013 waren nur 4,4 % aller Vorstände und 15,1 % aller Aufsichtsräte in den Top-200-Unternehmen in Deutschland mit Frauen besetzt.
- In der Bundesverwaltung beträgt der Frauenanteil an Führungspositionen trotz 20-jähriger gesetzlicher Regelungen zur gleichberechtigten Teilhabe nur 30,0 %. In Gremien des Bundes sind Frauen sogar nur zu 25,7 % vertreten.





I Ziele

Erhöhung des Anteils von Frauen

- an Führungspositionen in der Privatwirtschaft,
- an Führungspositionen in der Bundesverwaltung und
- in Gremien im Einflussbereich des Bundes.
- I Nach Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 GG ist der Staat verpflichtet, tatsächliche Chancengleichheit zu fördern. Deshalb sind bestehende Nachteile für Frauen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt im Wege einer gesetzlichen Lösung zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen abzubauen.





I Umsetzung

- Geschlechterquote für Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen <u>und</u> börsennotierten Unternehmen der Privatwirtschaft.
- Verpflichtung für Unternehmen, die börsennotiert <u>oder</u> mitbestimmungspflichtig sind, sich **Zielvorgaben für den Anteil** von Frauen zu setzen. Diese gelten für den Aufsichtsrat, den Vorstand und oberste Management-Ebenen.
- Novellierung der Regelungen für den öffentlichen Dienst des Bundes: Bundesgremienbesetzungsgesetz und Bundesgleichstellungsgesetz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



Gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft

Voll mitbestimmungspflichtige (> 2.000 bzw. 1.000 Beschäftigte)

<u>und</u> börsennotierte Unternehmen

(108 Unternehmen)

Mitbestimmungspflichtige (> 500 Beschäftigte)

<u>oder</u> börsennotierte Unternehmen (ca. 3.500 Unternehmen)

Feste Geschlechterquote von 30 % für Aufsichtsrat

Verbindliche Zielgrößen für Vorstand und oberste Management-Ebenen Verbindliche Zielgrößen für Aufsichtsrat, Vorstand und oberste Management-Ebenen

Nichtigkeit der quotenwidrigen Wahl, sog. leerer Stuhl Berichts- und Begründungspflichten

Berichts- und Begründungspflichten





Privatwirtschaft - Geschlechterquote

- Die **Geschlechterquote** von mindestens 30 % ist in börsennotierten <u>und</u> voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen ab dem 1. Januar 2016 sukzessive bei den ab diesem Zeitpunkt neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten zu beachten.
- I Die Bänke des Aufsichtsrats (Anteilseigner– und Arbeitsnehmerseite) werden zusammen betrachtet, wenn keine Seite der Gesamtbetrachtung widerspricht.
- I Bei Nichterreichen der Quote ist die quotenwidrige Wahl nichtig, sog. leerer Stuhl.
- I Die Zahl dieser Unternehmen beträgt 108.





Privatwirtschaft – Verbindliche Zielvorgaben

- I Verbindliche Zielvorgaben gelten für Unternehmen, die börsennotiert <u>oder</u> mitbestimmt sind.
- I Diese ungefähr 3.500 Unternehmen setzen sich Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen zur Erhöhung des Frauenanteils.
- I Die festgelegten Zielgrößen und Fristen sind zu veröffentlichen.
- I Für die Zielgrößen gilt ein Verschlechterungsverbot: Gibt es etwa im Aufsichtsrat (zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes) noch keinen Frauenanteil von 30 %, darf die künftige Zielgröße nicht unter dem jeweiligen Ist-Zustand liegen.





Öffentlicher Dienst

Novellierung der seit 1994 bzw. 2001 bestehenden gesetzlichen Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen:

- I Gesetz über die Mitwirkung I des Bundes an der Besetzung von Gremien (BGremBG)
- Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (BGleiG)





Öffentlicher Dienst

Novellierung Bundesgremienbesetzungsgesetz

- I Ziel ist die paritätische Vertretung von Frauen und Männern in Gremien, für die der Bund Mitglieder bestimmen kann.
- I Für die Besetzung von Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, gilt ab 2016 eine Geschlechterquote in Höhe von mindestens 30 % für alle Neubesetzungen von Bundessitzen.
- I Ab dem Jahr 2018 ist es Ziel, diesen Anteil auf 50 % zu erhöhen.
- I Für wesentliche Gremien, in die der Bund Mitglieder beruft oder entsendet, gelten die gleichen Zielvorgaben.





Öffentlicher Dienst

Novellierung Bundesgleichstellungsgesetz

- I Ziele: Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in jedem einzelnen Bereich (vor allem Führungspositionen) sowie Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit, insbesondere durch eine stärkere Ansprache von Männern.
- I Die Bundesverwaltung wird verpflichtet, sich für jede einzelne Führungsebene konkrete Zielvorgaben und Maßnahmen zur Erhöhung des Frauen- bzw. Männeranteils zu setzen.
- I Zielvorgaben und Maßnahmen sind im Gleichstellungsplan jeder einzelnen Behörde darzustellen.
- I Erhöhung der Transparenz und stärkere Kontrolle durch die jährliche Veröffentlichung eines Gleichstellungsindex.





Ausblick

- I Mehr Vielfalt in den Unternehmen fördert ihre Leistungsfähigkeit und den Unternehmenserfolg.
- I Es gibt genügend qualifizierte Frauen. Deswegen werden die Unternehmen keine Probleme haben, die Geschlechterquote und eigene ambitioniert gesetzte Ziele zu erfüllen.
- I Die Veröffentlichungs- und Berichtspflichten für Unternehmen und Behörden spornen an und gewährleisten Transparenz.
- I Die Geschlechterquote wird die Unternehmenskultur in Deutschland grundlegend verbessern.